

Erneute Anti-Atomkraft-Demonstration in Gronau / An vielen Orten lagert Atommüll

Im Rahmen der bundesweiten Atommüllkampagne wurde am Sonntag (5. Oktober) im westfälischen Gronau erneut gegen den Betrieb der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage demonstriert. Die Anlage kann pro Jahr Uran für den Betrieb von 30 bis 35 Atomkraftwerken vorbereiten und produziert dabei gleichzeitig radioaktiven Uranmüll.

Rund 50 Atomkraftgegner und Atomkraftgegnerinnen forderten bei der Demonstration von der NRW-Landesregierung die sofortige Stilllegung der Anlage und die Verweigerung einer Genehmigung zur Inbetriebnahme einer neuen Uranlagerhalle. In der Halle sollen dauerhaft 60.000 Tonnen Uranmüll eingelagert werden. Zur Teilnahme an der Protestaktion hatten das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau und die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD aufgerufen.

Bei einer Kundgebung vor dem Anlagentor wurde kritisiert, dass in der Urananreicherungsanlage ständig neuer Atommüll produziert wird. Hauptredner bei der Kundgebung war Peter Dickel von der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD. Als Koordinator der bundesweiten Atommüll-Kampagne, die in diesem Herbst durchgeführt wird, betonte Dickel, dass es „entgegen der Behauptung der Bundesregierung, es gäbe nur noch ein Problem mit dem langfristigen Umgang mit dem Atommüll, gibt es unzählige akute Probleme und Gefahren im ganzen Land. Am Ende seiner Rede stelle Peter Dickel fest: „Wer uns einen langfristig sicheren Umgang mit Atommüll verspricht, muss erstmal nachweisen, dass er heute alles dafür tut, die akuten Gefahren für die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung zu minimieren. Davon kann keine Rede sein.“

Bei der Demonstration in Gronau wurde auch mit Nachdruck gefordert, dass die umstrittenen abgebrannten Brennelementkugeln, die derzeit in Jülich gelagert werden, weder in die USA noch in das Ahauser Atommüll-Lager transportiert werden dürfen. In weiteren Redebeiträgen wurde auf die Gefahren der zahlreichen Urantransporte von und nach Gronau, auf die Auswirkungen des drohenden Freihandelsabkommen TTIP und auf Prozesstermine von AtomkraftgegnerInnen hingewiesen, die sich an Aktionen gegen die Brennelementefabrik im emsländischen Lingen beteiligt hatten. Außerdem wurde auf den internationalen Aktionstag gegen Fracking am kommenden Samstag (11. Oktober) hingewiesen.

Der BBU ruft dazu auf, im Rahmen der nächsten Wochen bereits geplante Veranstaltungen der bundesweiten Atommüllkampagne zu unterstützen oder ggf. eigene zu organisieren. „Das Koordinationsteam der Kampagne und auch der BBU sind gerne bei der Planung von Informations- und Protestveranstaltungen behilflich. In Gesprächen und mit unterschiedlichen Aktivitäten kann vielen Leuten verdeutlicht werden, dass es noch keinen Atomausstieg gibt, dass noch immer Atommüll produziert wird, und dass an viel mehr Orten, als allgemein gedacht wird, Atommüll gelagert und die Bevölkerung gefährdet wird“, so Udo Buchholz vom BBU-Vorstand.

Weitere Informationen unter <http://atommuell-alarm.info/home>, <http://www.aku-gronau.de>, <http://www.westcastor.de>, <http://www.urantransport.de/uran.html>, <http://www.ttip-unfairhandelbar.de/start/aktionstag>, <http://www.globalfrackdown.org/events-2014>, <http://www.bbu-online.de>.

BBU-Pressemitteilung vom 06.10.2014

BBU besorgt über Brand an Bord eines Atomfrachters Internationales Engagement gegen AKW Hinkley Point C und Atomtransporte

Mit großer Sorge hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) auf Informationen über einen Brand auf einem Schiff in der Nordsee reagiert. „Auf einem Schiff das mit Atommüll aus der schottischen Atomanlage Dounreay beladen ist, ist in der Nordsee ein Feuer ausgebrochen. Es trieb manövrierunfähig im Meer und driftete auf eine Bohrinsel zu, deren Besatzung evakuiert werden musste“ <http://www.contratom.de/2014/10/08/brand-auf-atommull-schiff-in-der-nordsee>. Erneut bekräftigte der BBU seine Forderungen nach einem Verbot aller Atomtransporte an Land, auf dem Wasser und in der Luft.

Aktuell hat BBU dazu aufgerufen, den grenzüberschreitenden Widerstand gegen Atomanlagen und Atomtransporte zu verstärken. BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz erklärte heute, "europaweit und darüber hinaus muss immer wieder deutlich werden, dass die Atomindustrie auf eine breite Widerstandsbewegung stößt. Der Schiffsbrand und weitere Ereignisse erfordern ein starkes anti-nukleares Engagement!"

Auf konkrete Kritik des BBU stoßen u. a. die Zustimmung der EU-Kommission zur Subventionierung des neuen britischen Atomkraftwerks Hinkley Point C und der jüngste Urantransport, der auf dem Weg vom Hamburger Hafen nach Frankreich ist.

Das Atomkraftwerk Hinkley Point C soll bis zum Jahr 2023 mit zwei Reaktoren fertig gestellt werden und es soll 60 Jahre Strom produzieren. Der BBU bemängelt, dass die Reaktoren nicht nur Strom, sondern auch Atommüll produzieren werden, "der auch in Großbritannien nicht sicher gelagert werden kann", so BBU-Vorstandsmitglied Buchholz.

Am frühen Mittwoch (08.10.2014) hat erneut ein Bahntransport mit Uranerzkonzentrat das Rheinland Richtung Frankreich durchquert. Das aus Kasachstan oder Usbekistan stammende radioaktive Material, wurde über St. Petersburg in den Hamburger Hafen gebracht. Von dort wird es zur Weiterverarbeitung in das südfranzösische Narbonne transportiert. Derartige Transporte, die die Grundlage für den Betrieb zahlreicher Atomanlagen und Atomkraftwerke bilden, finden immer wieder statt. Der BBU kritisiert, dass die Hilfs- und Rettungskräfte an den Transportrouten nicht über die Durchfahrt dieser und anderer Atomtransporte informiert werden.

Der BBU unterstützt derzeit eine bundesweite Kampagne, die die drängenden Probleme und Gefahren des bereits vorhandenen Atommülls verdeutlicht. Nähere Informationen dazu unter <http://atommuell-alarm.info/home>. Und auch international engagiert sich der BBU, der grundlegend die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und Atomkraftwerke fordert, gegen die Atomindustrie. Informationen über das AKW Hinkley Point C und den Widerstand dagegen findet man z. B. unter <http://stophinkley.org/index.htm> und <https://www.global2000.at>, Informationen über den Urantransport von Hamburg nach Frankreich z. B. unter <http://www.antiatombonn.de>. Wer die Arbeit des BBU würdigen möchte, kann ihm beitreten und / oder ihn mit einer Spende unterstützen. // BBU-Pressemitteilung vom 08.10.2014

Blockade der Brennelementefabrik in Lingen

Die einzige in der Bundesrepublik noch in Betrieb befindliche Brennelementefabrik in Lingen (Emsland) ist heute (14. Oktober 2014) von rund 20 Atomkraftgegner/innen blockiert worden. Mit der Aktion soll darauf hingewiesen werden, dass es für diese Uranfabrik keine Laufzeitbegrenzung gibt; in der Anlage können unbefristet Brennstäbe für Atomkraftwerke in aller Welt produziert werden. Gleichzeitig soll mit der Aktion der Forderung nach der sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen Nachdruck verliehen werden.

Ursprünglich war für den heutigen Dienstag in Lingen der Prozessauftritt wegen früherer Proteste gegen die Brennelementefabrik vorgesehen gewesen. Das Amtsgericht Lingen hatte allerdings den Prozesstermin kurzfristig und ohne Begründung abgesagt.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) solidarisiert sich mit dem Protest gegen die Brennelementefabrik. Der Verband, der sich ebenfalls für den internationalen Atomausstieg einsetzt, fordert auch die sofortige Stilllegung der Brennelementefabrik sowie des Atomkraftwerks Emsland, das in Lingen offiziell noch bis 2022 Strom und Atom Müll produzieren soll. Weiterhin fordert der BBU die Einstellung aller Bußgeld- und Strafverfahren gegen Atomkraftgegner/innen wegen früherer Proteste gegen die Lingener Brennelementefabrik.

Aktuelle Informationen weiterhin unter <http://nirgendwo.info>

Pressemitteilung des BBU vom 14.10.2014

Brennelementefabrik in Lingen von AtomkraftgegnerInnen blockiert

Rund 20 AtomkraftgegnerInnen blockieren heute die Zufahrt der Brennelementefabrik in Lingen mit einer Sitzblockade. Sie fordern die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit. Speziell produziert Areva (ANF Advanced Nuclear Fuels) mit den Uranbrennelementen sozusagen den Treibstoff für Atomkraftwerke.

Die AtomkraftgegnerInnen verteilten Modellatom Müll auf Zufahrtsstraße zur Atomanlage und hängten rosene Einhörner auf, auf denen die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen gefordert wird. Die Polizei ist schon vor Ort. Die Stimmung ist bisher entspannt.

„Für Atomanlagen wie diese Brennelementefabrik gilt der sogenannte Atomausstieg nicht. Der Atombetrieb läuft ungebremst weiter und vergiftet unsere Lebensgrundlage für hunderttausende Jahre.“ erklärt Conny. Etwa alle drei Tage fahren Gefahrguttransporte von und nach Lingen. Die Brennelementefabrik der französischen Firma AREVA beliefert weltweit Atomkraftwerke. Von den unterschiedlichen Arten atomarer Abfälle gelten die abgebrannten Brennelemente als die gefährlichsten.

Bereits mehrfach war die Atomanlage Schauplatz von Protestaktionen, so wurde auch im August 2013 die Atomanlage mit einer Sitzblockade und einer Kletteraktion blockiert, woraufhin Bußgeldverfahren und Strafverfahren gegen einige AktivistInnen eingeleitet wurden.

Zahlreiche der AktivistInnen legten Widerspruch ein, 20 von ihnen stehen deshalb Gerichtsprozesse vor dem Amtsgericht Lingen bevor. „Wir alle hatten schon Vorladungen erhalten, heute wäre der Prozessauftritt gewesen“ erklärt Adele, „Diese Termine hat das Gericht zuletzt kommentarlos zurückgezogen. Wann und ob es zur Verhandlung kommt ist bisher nicht bekannt.“ Das juristische Nachspiel dauert nun bereits seit vergangenem Sommer an: Über Bußgelder von insgesamt über 3000 Euro und teilweise auch Straftatvorwürfe soll vor dem Amtsgericht verhandelt werden. Meist geht es um einfache Verstöße gegen das Versammlungsrecht.

„Wir lassen uns von der Repression nicht einschüchtern und werden uns auch weiterhin für einen sofortigen Atomausstieg einsetzen.“ kommentiert Conny die Situation.

Weitere Informationen: Zur Repression und den Verfahren: <http://www.nirgendwo.info>,

zur Brennelementefabrik: <http://www.conratom.de/standort/?id=156>

Pressemitteilung der BlockiererInnen vom 14.10.2014

Klageflut der Atomkonzerne

“Die Konzernvertreter müssen raus aus der Endlagerkommission”

Wie zu erwarten hat sich nun auch der Energiekonzern RWE der Klage von E.on gegen die Änderung des Atomgesetzes angeschlossen, die im vergangenen Jahr im Bundestag im Paket mit dem Standortauswahlgesetz beschlossen wurde. Die Atomkonzern wollen erreichen, dass Castor-Behälter mit dem Nuklearabfall aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus La Hague und Sellafield entweder weiter in Gorleben einlagert werden oder dass die Kosten, die daraus erwachsen, dass kraftwerksnahe Standorte als Lager in Betracht gezogen werden, vom Staat getragen werden.

“Die Klageflut der Atomkonzerne gegen das Atomausstiegsgesetz und das Standortauswahlgesetz zeigt, dass sie nur ihr Profitinteresse im Blick haben“, schreibt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI). Vattenfall möchte für die Stilllegung ihrer maroden Kraftwerke vom Staat 4,7 Milliarden Euro erstattet bekommen. “Wir fragen deshalb erneut, was die beiden Vertreter der Atomkonzerne, Gerd Jäger und Bernhard Fischer, unter diesem Vorzeichen in der Endlagerkommission verloren haben“, unterstreicht BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Jäger war seit 1977 für RWE tätig und fungiert immer noch als “Berater” des Konzerns. Fischer ist altgedienter E.on Manager und Aufsichtsratsvorsitzender sowie mit “Sonderaufgaben im Konzern” betraut.

“Unabhängig von unserer Skepsis gegenüber der Arbeit der Kommission dürfte klar sein, die Konzernvertreter sind keine zivilgesellschaftlichen, sondern Konzernvertreter und wenn sie einen Funken Anstand besitzen, sollen sie ihren Platz räumen“, so die BI.

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 21.10.2014. Die BI ist eine Mitgliedsorganisation des BBU. Weitere Informationen unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>.



Bundesweite Kampagne „Atommüllalarm“ noch bis Ende Oktober

Ausführliche Informationen zur Kampagne unter www.atomuell-alarm.info.

Verhandlungstermin im Prozess zu Stilllegung und Abbau

Auch jetzt, mehr als 9 Jahre nach dem Abschalten des AKW Obrigheim, gehen noch Gefahren und Risiken von dieser stillgelegten Atomanlage aus. Die Initiative AtomErbe Obrigheim kritisiert, dass bei dem seit 2008 laufenden Rückbau aus Kostengründen nicht mit der größtmöglichen Sicherheit und Risikovorsorge vorgegangen wird.

Seit Dezember 2011 führen vier Mitglieder der Initiative AtomErbe Obrigheim aus der nahen Umgebung des AKW einen Prozess zur 2. Stilllegungs- und Abbaugenehmigung. Das Ziel ist, mehr Sicherheit und Transparenz beim Rückbau des AKW Obrigheim zu erreichen. Denn dieser wird nach Angaben des Betreibers EnBW noch rund 10 Jahre dauern und umfasst auch den Abbau der am stärksten radioaktiv verstrahlten Teile im Innern des Reaktorgebäudes. Eine zusätzliche Gefahr stellen die 342 hochradioaktiven abgebrannten Brennelemente dar, die sich immer noch in der Anlage befinden. Statt diese in einem seit 2005 geplanten und nach neuesten Sicherheitsstandards gebauten CASTOR-Zwischenlager zu verwahren, wird eine riskante, überflüssige und kostengünstige Verschiebung an den ca. 50 km entfernten AKW-Standort Neckarwestheim vorgezogen – wohl erst nach den nächsten Landtagswahlen 2016.

Nun hat das zuständige Gericht, der Verwaltungsgerichtshof Mannheim, einen Verhandlungstermin für den Prozess festgesetzt: Dienstag, 28. und Mittwoch, 29. Oktober 2014, jeweils ab 10.15 Uhr, Ort: Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Schubertstr. 11, 68165 Mannheim

Die Initiative AtomErbe Obrigheim würde sich freuen, wenn viele von Euch uns zur Verhandlung begleiten und Präsenz zeigen. Es ist der erste Prozess zu Stilllegung und Abbau eines Atomkraftwerks und daher besonders wichtig. Wir bitten dringend um eine Spende zur Unterstützung der Klage, um den Prozess finanziell bestehen zu können, zumal die „mächtige“ Gegenseite – EnBW und Umweltministerium – wesentlich mehr Ressourcen zur Verfügung hat und ausschöpft! <http://www.atomerbe-obrigheim.de/2014/10/verhandlungstermin-im-prozess-zu-stilllegung-und-abbau>
Die Initiative AtomErbe Obrigheim ist Mitglied im BBU.



Fracking

Bundestreffen der Anti-Fracking-Initiativen fordert: Fracking-Verbotsgesetz ohne Ausnahmen im Bundestag verabschieden statt Fracking ermöglichen

Anti-Fracking-Initiativen aus ganz Deutschland haben auf ihrem Bundestreffen in Gemen am 4./5.10.2014 klare Forderungen an die Bundesregierung gestellt. Sie verlangen von ihr, ein Fracking-Gesetz in den Bundestag einzubringen, das ein ausnahmsloses bundesweites Verbot von Fracking vorsieht. Außerdem fordern die Initiativen eine konsequente und ambitionierte Fortsetzung der Energiewende, damit der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger wie Erdgas so schnell wie möglich erfolgen kann.

Auf deutliche Kritik der Initiativen sind die Pläne von Bundes-Wirtschaftsminister Gabriel und Bundes-Umweltministerin Hendricks gestoßen, Fracking im Schiefergestein unterhalb von 3.000 m und Fracking im Sandstein unabhängig von der Tiefe zuzulassen. Die Anti-Fracking-Initiativen lehnen alle Fracking-Vorhaben, unabhängig von Tiefe und Gesteinsart aufgrund ihrer schwerwiegenden Folgen für Mensch und Umwelt ab. Forschungsbohrungen, wie sie die Gasindustrie fordert, sind für die Anti-Fracking-Bewegung ein Einstieg in die umweltgefährdende Technik und damit nicht akzeptabel. Das Eckpunktepapier der Minister Gabriel und Hendricks zu Fracking, auf dem die Fracking-Gesetzgebung beruhen soll, ist dabei ein Schritt in die falsche Richtung, der die schrittweise Einführung des gefährlichen Gasbohrens ermöglichen soll. Gegen die Fracking-Pläne setzen die Initiativen den forcierten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien. Bei konsequenter Nutzung von Sonne, Wasser und Wind wäre die Förderung von gefracktem Gas völlig unnötig. So kann der realistisch prognostizierte Anteil von 2 – 3% des Fracking-Gases aus Schiefergestein am Energiebedarf Deutschland problemlos in wenigen Jahren durch eine engagierte Politik des Ausbaus der Nutzung erneuerbare Energien ersetzt werden. Die Initiativen fordern, die Sackgassentechnologien zur Nutzung fossiler Brennstoffe,



zu denen auch Fracking-Gas gehört, aufzugeben und den Weg in eine Kohlendioxid-freie Energieversorgung zu beschreiten.

Als Mischung aus Halbwahrheiten und Irreführungen sehen die Initiativen die Pro-Fracking-Kampagne von Exxon der letzten Tage. Mit der geschickten Verwendung von Begriffen wurde die Gefährlichkeit von Frac-Flüssigkeiten heruntergespielt. Der angeblich geringe Flächenbedarf für Fracking-Bohrplätze und ihrer Infrastruktur ist mit der Realität nicht vereinbar. Und mit dem Versuch, die Förderung von radioaktivem und krebserzeugendem Lagerstättenwasser als zwangsläufige Folge des Frac-Prozesses in Abrede zu stellen, hat sich Exxon aus der wissenschaftlichen Debatte verabschiedet. Die Anti-Fracking-Bewegung appelliert an die Politik, nicht auf eine derartige Werbestrategie hereinzufallen. Es gibt keinen wissenschaftlich fundierten Nachweis, der die Unbedenklichkeit der Fracking-Methode bestätigt.

Die Anti-Fracking-Bewegung geht gut gerüstet in die nächsten Wochen. Sie fordert die Bundesregierung auf, das Drängen auf gesetzliche Regelungen zu unterlassen, die Fracking ermöglichen können. Die Anti-Fracking-Bewegung wird sich engagiert und fachlich qualifiziert für ein uneingeschränktes Fracking-Verbot einsetzen. Bereits in der letzten Legislaturperiode des Bundestages hat sie erreicht, dass eine Pro-Fracking-Gesetzgebung nicht verabschiedet wurde. Die Anti-Fracking-Initiativen sind optimistisch, dass ihnen dies wieder gemeinsam mit den zahlreichen anderen Unterzeichnern der Korbacher Resolution gelingen wird.

Weitere Informationen unter <http://www.gegen-gasbohren.de>.

Presseerklärung des bundesweiten Zusammenschlusses „Gegen Gasbohren“ vom 06.10.2014

Internationaler Aktionstag gegen Fracking – Bürgerinitiativen fordern Fracking-Verbot

Anlässlich des internationalen Aktionstags gegen Fracking haben am Samstag (11. Oktober) auch im ganzen Bundesgebiet Bürgerinitiativen und Umweltverbände mit Unterschriftensammlungen, Informationsständen und Demonstrationen ein generelles Fracking-Verbot gefordert. Zu den Protesten in der Bundesrepublik hatte u. a. der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) aufgerufen. Der BBU setzt sich konsequent für ein ausnahmsloses Fracking-Verbot ein. In ihm sind viele Bürgerinitiativen gegen Fracking organisiert.

Der BBU ist über die vielfältigen Aktionen gegen Fracking erfreut. "In der Bundesrepublik haben in mehreren Bundesländern Anti-Fracking-Aktionen stattgefunden. Damit wurde deutlich die Forderung nach einem Fracking-Verbot Richtung Bundesregierung signalisiert", betont BBU-Pressereferent Udo Buchholz.

Am dem Aktionstag „Global FrackDown“ beteiligten sich weltweit Initiativen und Verbände in zahlreichen Ländern mit



Schwerpunkten in den USA und in Europa. In Europa fanden u. a. in Frankreich, Spanien, Großbritannien sowie in der Bundesrepublik Deutschland Aktionen statt. Aber auch in Ländern wie Indien, Peru und Senegal wurden Anti-Fracking-Proteste durchgeführt.

Die Risiken, die mit der Gasförderung nach dem Fracking-Verfahren verbunden sind, gefährden nach Angaben des BBU die Umwelt und die Menschen in vielen Staaten. Das löst weltweit berechtigte Proteste gegen Energiekonzerne und industriebürtige Regierungen aus. Der BBU betont, dass es sich bei Fracking um eine unbeherrschbare Risikotechnologie handelt. Großflächige Grundwasser-Verunreinigungen, unkontrollierbare Gasmigrationen, erhebliche Belastungen der Luft und eine ungelöste Entsorgungsproblematik des Flowbacks,

der gefährlichen Mischung aus verbrauchten Frackflüssigkeiten und Lagerstättenwasser drohen.

In einigen Städten wie in Hamburg oder Kassel hatten zahlreiche Organisationen zu gemeinsamen Demonstrationen gegen Fracking und die umstrittenen Freihandelsabkommen, z. B. TTIP, aufgerufen. Auch der BBU lehnt TTIP ab und ist Mitglied in der "Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA" (<http://www.ttip-unfairhandelbar.de/start/ebi>). Am Samstag fand europaweit ein Aktionstag gegen die scharf kritisierten Freihandelsabkommen statt. Sie waren auch bundesweit das Thema vieler Protestaktionen.

Informationen über den internationalen Aktionstag gegen Fracking findet man im Internet unter <http://www.globalfrackdown.org>, Unterschriftenlisten für weitere Proteste können weiterhin unter <http://www.bbu-online.de> (Arbeitsbereiche / Fracking) ausgedruckt werden.

Direktlink: <http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/Arbeitsbereiche%20Fracking.html>.

Der BBU ruft dazu auf, auch nach dem weltweiten Aktionstag das Engagement gegen Fracking fortzusetzen. "Wir helfen auch gerne bei der Gründung neuer Bürgerinitiativen gegen Fracking", erklärt Udo Buchholz vom BBU.

Pressemitteilung des BBU vom 11.10.2014.

Foto: Infostand am 11.10.2014 in Gronau (Westfalen).

Friedensbewegung

Aktionskonferenz für den Frieden beschließt einen „Friedenswinter 2014 / 2015“

Gemeinsam für Frieden - Nein zu Krieg und deutscher Beteiligung – ja zu Abrüstung, ziviler Konfliktbearbeitung und humanitärer Hilfe

Auf der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 11.10.2014 im DGB Haus in Hannover wandten sich die über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an die Bürgerinnen und Bürgern mit dem Appell: Unterstützt die Aktionen der Friedensbewegung gegen die Kriege und die weitere Aufrüstung.

Quelle und vollständiger Text des Appells:

<http://www.koop-frieden.de/aktuelles/artikel/aktionskonferenz-fuer-den-frieden-beschliesst-einen-friedenswinter-2014-2015.html>



Aktionstermine

Aktions- und Veranstaltungstermine der Friedensbewegung findet man unter <http://www.friedenskooperative.de>.

Gewässerschutz

Messfahrten vom VSR-Gewässerschutz zeigen:

Wüme und Hamme durch Hochmoore landschaftlich reizvoll und trotzdem durch die intensive Grünlandwirtschaft mit Phosphaten belastet

Der VSR-Gewässerschutz untersuchte im Dezember 2013 und Januar 2014 im Rahmen seines Projektes „Phosphatbelastung unserer Gewässer durch Entwässerungsmaßnahmen“ die Ursachen der hohen Phosphatbelastung der Hamme und Wüme bis sie sich in Riitterhude kurz vor Bremen zur Lesum vereinen. Diese transportiert dann die Phosphatfracht zur Weser.

Der Giehler Bach wies kurz vor Vihspecken, wo er zur Hamme umbenannt wird, bereits 0,7 mg/l ortho-Phosphat auf. Nach dem Zufluss der Kollbeck erhöht sich die Belastung in der Hamme im Weißen Moor auf 2,18 mg/l ortho-Phosphat. Diese Verdreifachung der Belastung liegt vor allem am Zufluss dem Kollbeck mit ihren 3,04 mg/l. Als Kollbeck wird das südliche Ende des Oste-Hamme- Kanals bezeichnet. Dieser diente früher neben der Entwässerung auch zum Torftransport auf kleinen Kähnen. Heute entwässern immer noch Firmen Flächen um den Torf abbauen zu können. Dabei gelangen große Mengen Phosphat in die Gewässer.

Aus einer Pressemitteilung des BBU-Mitgliedsorganisation VSR-Gewässerschutz. Vollständiger Text unter [http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/PE+Phosphate+in+Hamme+und+W\\$C3\\$BCmme+2014.pdf](http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/PE+Phosphate+in+Hamme+und+W$C3$BCmme+2014.pdf)

Gewässerschutzseminar am 3. November

Bei der Bioökonomie geht es darum, im globalen Maßstab den Umbau von einer fossil basierten Wirtschaft **hin zu einer auf Biomasse basierten Wirtschaft** zu bewerkstelligen. Bei den ersten Versuchen in Richtung Bioökonomie hat man in Deutschland schwerwiegende Fehler gemacht: Der überbordende Anbau von Energiepflanzen für die Biogasverstromung hat regional zu erheblichen Beeinträchtigungen der Grundwassergüte geführt. Aus den deutschen Negativerfahrungen gilt es zu lernen, wenn jetzt nach dem Willen der Bundesregierung und der EU-Kommission die Bioökonomie auf eine globale Ebene gehoben werden soll.

Sowohl über die Lehren aus den bioökonomischen "Anfangsfehlern" in Deutschland als auch über die Bedrohungen von Wasserhaushalt und Wassergüte weltweit im Gefolge der angestrebten Transformation auf eine Biomasse basierte Wirtschaft wollen wir auf unserem Seminar am 3. Nov. referieren und diskutieren. Die Veranstaltungsankündigung sowie den Weg zur Anmeldung findet Ihr unter

<http://www.grueneliga.de/newsreader/items/ankuendigung-zum-gewaesserschutzseminar.html?month=201410>

Zu den Ausrichtern des Seminars gehört auch der Ak Wasser im BBU - und der würde sich sehr freuen, wenn er am 3. Nov. im Tagungsraum der Berliner NABU-Geschäftsstelle auch Mitglieder aus weiteren BBU-Mitgliedsinitiativen begrüßen dürfte!

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 09 / 2014, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 31.10.2014. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.